

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Trauer um Menschenrechtsikone Asma Jahangir

Am 11. Februar 2018 ist Pakistans führende Menschenrechtsanwältin Asma Jahangir (geb. 1952) infolge eines Herzinfarktes in Lahore verstorben. Die unermüdliche Kämpferin für Frauen und religiöse Minderheiten hat 1987 die pakistanische Menschenrechtskommission mitgegründet und sie bis 2011 geleitet. Sie war Sonderbeauftragte der UN-Menschenrechtskommission für außergerichtliche Hinrichtungen (1998-2004), UN-Beauftragte für Religionsfreiheit (2004-2010) und UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Iran (2016-2018). Für ihr Engagement in der Richterbewegung 2007 wurde sie drei Monate unter Hausarrest gestellt. 2010-2012 war sie als erste Frau Präsidentin der Anwaltskammer am Obersten Gerichtshof. 2014 wurde sie mit dem Alternativen Nobelpreis der schwedischen Right-Livelihood-Award-Stiftung geehrt und 2010 mit dem Freedom Award. Als sichtbarste Vertreterin für die Rechte von Frauen und Minderheiten wurde sie von konservativen Muslimen stets scharf kritisiert. Weil auf ihrer Beerdigung Männer und Frauen gemeinsam trauerten, verweigern ihr diese konservativen Kräfte in Rechtsgutachten den letzten Segen.

Justizminister abgesetzt

Die Barelwi-Protteste Ende November 2017 gegen eine veränderte Eidesformel endeten mit einer friedlichen Intervention des Militärs. Das Militär willigte ein, den Justizminister Zahid Hamid abzusetzen. Barelwi-Gelahrte verzichteten im Gegenzug auf eine Fatwa bezüglich einer etwaigen Blasphemieklage. Zwischenzeitlich inhaftierte Demonstranten wurden nach der Einigung umgehend freigelassen und erhielten vom Militär je 1000 Rupien (7,50 Euro) zum Zweck der Heimreise; Anklage wird nicht gegen sie erhoben. Die Kosten für den entstandenen Sachschaden trägt die Regierung. Englischsprachige Zeitungen Pakistans kritisierten die Einigung als Einknicken vor Islamisten.

Amerika friert Militärhilfe ein

Präsident Donald Trump beklagte in einem Tweet am 1. Januar 2018, Pakistan habe den Amerikanern im Austausch für die 33 Mrd. US-Dollar Hilfgelder „nichts als Lüge und Täuschung“ geliefert. Die amerikanische Regierung hat daraufhin sämtliche finanzielle Unter-

stützung an das pakistanische Militär, so etwa 900 Mio. Dollar des Koalitionsunterstützungsprogramms, eingefroren. Insgesamt steht eine Summe von etwa 2 Mrd. Dollar zur Disposition. Pentagon und CIA fordern, dass Pakistan Anführern des Haqqani-Netzwerkes und der Taliban nicht länger Schutz- und Rückzugsräume auf seinem Staatsgebiet einräumt. Bereits Präsident Obama drohte Pakistan mit dem Einstellen der Militärhilfe. Bislang folgten der Rhetorik keine Taten. China erklärte sich bereit, Kredite an das pakistanische Militär zu bewilligen, erwartet aber im Gegensatz zu den USA eine Rückzahlung.

Erstmals Dalit-Senatorin

Bei den Senatswahlen am 3. März 2018 wurde mit Krishna Kumari überraschend erstmalig eine Hindu-Frau mit Dalit-Hintergrund in den Senat gewählt. Für die pakistanische Volkspartei (PPP) ergatterte sie einen der beiden Sitze, die für Frauen aus dem Sindh reserviert sind. Die 1979 geborene Senatorin wurde in ihrer Kindheit mit ihrer Familie drei Jahre lang in Schuldknechtschaft in einem Privatgefängnis eines lokalen Grundbesitzers gehalten und infolge eines Polizeieinsatzes befreit. Bildung für Frauen, deren Gesundheit und Wasserversorgung nennt sie als ihre zentralen politischen Anliegen. Der Senat entspricht dem Oberhaus des Parlaments. Seine 104 Mitglieder werden für sechs Jahre gewählt. Als erste Hindu-Frau wurde Ratna Bhagwandas Chawla im Jahr 2006, ebenfalls für die pakistanische Volkspartei, in den Senat gewählt.

Weltweit höchste Neugeborenensterblichkeit

Nach einer Studie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) vom Februar 2018 ist Pakistan das gefährlichste Geburtsland der Welt, von Tausend Neugeborenen versterben 45,6 innerhalb des ersten Monats. Für Indien beträgt dieser Wert 25,4. In der Liste der riskantesten Länder für Neugeborene folgen nach Pakistan die Zentralafrikanische Republik (42,3), Afghanistan (40), Somalia (38,8) und Lesotho (38,5). Mehr als 80 Prozent der Todesfälle von Babys sind die Folge einer Frühgeburt, von Komplikationen bei der Geburt, Infektionen wie Lungenentzündung oder Sepsis. Als Gegenmaßnahme werden in dem Bericht mehr gut ausgebildete Hebammen, sauberes Wasser, Desinfektionsmittel und angemessene Ernährung gefordert.

Terrorfinanzierung: Pakistan ab Juni wieder gelistet

Im Februar tagten in Paris die 35 Mitgliedsstaaten der *Financial Action Task Force* (FATF), eine internationale Einrichtung zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Auf Vorschlag der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sollte Pakistan auf die Beobachtungsliste der Terrorfinanzierer gesetzt werden. Die Türkei, Saudi Arabien, Russland und China formulierten zunächst wohl Zweifel während der nicht-öffentlichen Debatte. Um der Listung zu entgehen, hat Pakistan kurz vor der finalen Abstimmung Konten der terroristischen Bewegung *Jama'at ud-Da'wa* eingefroren, die für die Anschläge in Mumbai 2008 verantwortlich gemacht wird. Die FATF einigte sich auf eine dreimonatige Schonfrist für Pakistan. Ab Juni 2018 wird das Land wieder auf die Liste gesetzt, sofern es bis dahin die Institution nicht vom Gegenteil überzeugen kann, was im Vorfeld der nationalen Wahlen im Juli als äußerst unwahrscheinlich gilt. Von 2012 bis 2015 war Pakistan bereits auf dieser Liste, die mit ernsthaften Konsequenzen etwa für Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verbunden ist. Pakistan kritisierte die Entscheidung mit dem Hinweis, der Schritt habe negative Auswirkungen auf das verfügbare Budget im Kampf gegen den Terror. Hafiz Saeed, Anführer der Terrorbewegung *Jama'at ud-Da'wa*, hat Anfang März beim Obersten Gericht in Islamabad Klage gegen die Listung als Terrororganisation eingereicht. Da die Initiative auf Druck aus Indien zurückgehe, verletze sie die Souveränität Pakistans und sei daher verfassungswidrig.

Ein der Spionage Verdächtiger in Wien vermisst

Ende Januar 2018 stellte ein Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Strafanzeige gegen einen pakistanischen Armeeingehörigen, der mit einem sensiblen Sonderauftrag des Verteidigungsministeriums beauftragt gewesen sei. Seit August 2017 war er als Diplomat an der Botschaft Pakistans in Wien beschäftigt. Am 29. Dezember 2017 erschien er letztmalig zur Arbeit. Mutmaßlich habe er geheime Dokumente entwendet. Die pakistanische Botschaft hat am 2. Januar 2018 bei der Wiener Polizei eine Vermisstenanzeige aufgegeben. Die Armee vermutet eine Gefahr für die Souveränität Pakistans und sagte wörtlich, er könne zu einem Werkzeug der Feinde Pakistans geworden sein. Seine in Pakistan verbliebene Ehefrau habe während ihres Verhörs zu Protokoll gegeben, ihr Mann habe die Botschaft aus freien Stücken verlassen und werde nach fünf Jahren zurückkehren.

Terrorismus 2017

Das *Pakistan Institute for Peace Studies* in Islamabad hat seinen Sicherheitsbericht für 2017 vorgestellt. Mit 370 Terroranschlägen in 2017 ist die Anzahl der Anschläge im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent zurückgegangen, die Anzahl der Todesopfer (815) um 10 Prozent gesunken, die Zahl der Verletzten (1736) um 7 Prozent gestiegen. Die meisten Anschläge gab es in Belutschistan und FATA. Eine deutliche Zunahme gab es lediglich bei den Anschlägen des IS. Ungeklärt sei weiterhin, welcher Teil der Regierung für die Umsetzung des *National Action Plan* zuständig ist.

Valentinstagsverbot

Die pakistanische Medienaufsichtsbehörde (PEMRA) hatte sämtliche Fernsehsender und Printmedien darüber informiert, dass das Verbot des Bewerbens des Valentinstags nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs in Islamabad vom 13.02.2017 auch in diesem Jahr gelte. Über Veranstaltungen, die in Verbindung mit dem Valentinstag stattfanden, durfte nicht berichtet werden. Auch Werbeanzeigen durften nicht verbreitet werden, wenn sie einen Hinweis auf den Valentinstag beinhalteten. Der Valentinstag gilt konservativen Muslimen als unislamischer Import aus dem Westen, genießt allerdings eine beachtliche Beliebtheit in der Bevölkerung.

Karatschi an Platz zwei im weltweiten Cannabiskonsum

Eine Studie der israelischen Firma *Seedo* untersuchte den weltweiten Cannabiskonsum. Die drei Spitzenplätze belegen demnach New York City (77 Tonnen Jahreskonsum), Karatschi (42 Tonnen) und Neu Delhi (38 Tonnen).

Amerikanische Geheimdienste für Deeskalation

17 US-amerikanische Geheimdienste haben den Kongress darüber informiert, dass Pakistan drohe, sich von den USA zu distanzieren und 2019 womöglich verstärkt in den Orbit Chinas geraten könne. Diese Entwicklung mache die Verfolgung amerikanischer Interessen in Asien schwieriger. Der Bericht bestätigte, dass Islamabad weiterhin militante Extremisten unterstütze, die Anschläge in Afghanistan und Indien planten, welche amerikanische Interessen in der Region gefährden. Auch steige für 2019 die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation zwischen Indien und China.